

Mitteilungen der Bayerischen Landeskammer der Psycholo- gischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichen- psychotherapeuten

2. Bayerischer Landespsychotherapeutentag: „Prävention psychischer Störungen“

Der diesjährige bayerische Landespsychotherapeutentag wurde als Chance genutzt, mitten in den Diskussionen um die geplante Gesundheitsreform die Forderungen der Psychotherapeuten zur Prävention psychischer Störungen und zur psychotherapeutischen Versorgung zu platzieren.

Vor rund 550 Teilnehmern eröffnete *Dr. Nikolaus Melcop, Präsident der PTK Bayern*, die Tagung. Er wies darauf hin, dass das Thema „Prävention psychischer Störungen“ eines der wichtigsten Themen der aktuellen gesundheitspolitischen Diskussionen sei. Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten seien besonders in der Verantwortung, psychologisch-psychothe-

rapeutisches Fachwissen zur Verhinderung psychischer Störungen mit einzubringen, auch angesichts der enormen Zuwachsraten an psychischen Störungen.

Die geplante Gesundheitsreform dürfe sich nicht darauf beschränken, aktuelle Finanzierungsprobleme vordergründig durch Umschichtung von Einnahmen und Ausgaben anzugehen. „Langfristige präventive Maßnahmen, die die Menschen dort motivieren, wo sie leben und arbeiten, sparen nicht nur viel Geld, sie verhindern individuelles Leid und erhöhen die Lebensqualität und die Leistungsfähigkeit.“ Auch die Psychotherapie selbst sei ein Typ von Prävention, da sie Chronifizierungen und lange Krankheitsverläufe verhindern helfe. Er warnte, dass die mit der Gesundheitsreform geplante Zentralisierung eine Gefahr für die psychotherapeutische Versorgung in Bayern und Deutschland darstelle: „Regionale Strukturen dürfen in der Gesundheitsreform nicht zugunsten zentraler Defizitsteuerung wegrationalisiert werden. ... Die Politik muss sich die Mühe machen, sich nicht nur für die Organmedizin Strukturvorgaben und innovative Elemente zu überlegen, sondern den Bereich der psychotherapeutischen Behandlung psychischer Störungen gezielt zu schützen und zu fördern.“

Er forderte für die Prävention psychischer Störungen spezifische Maßnahmen für Kinder und Jugendliche, insbesondere die Förderung der Erziehungskompetenz der

Eltern, Vorsorgeuntersuchungen auch für psychische und psychosoziale Auffälligkeiten, Maßnahmen für Problemgruppen und die Förderung von Psychotherapie zur Verhinderung von Chronifizierungen. Weiter hob er aus dem Thesenpapier der PTK Bayern hervor: „Private Krankenkassen dürfen Patienten mit psychischen Störungen und die Behandlung durch Psychotherapeuten nicht ausschließen. Präventionsprogramme für psychische Störungen müssten flächendeckend für alle Lebensbereiche und Lebensalter umgesetzt werden. Und die Vielzahl von existierenden Projekten müsste besser vernetzt und auch evaluiert werden.“



Dr. Nikolaus Melcop bei der Eröffnung
Foto: Marc Sigrüst



Dr. Werner Schubö; Foto: Marc Sigrüst

Prorektor *Dr. Werner Schubö* der Ludwig-Maximilians-Universität München begrüßte die Anwesenden als Hausherr, *Prof. Günther Kerscher* überbrachte die Grußworte im Namen des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz.



Prof. Dr. Günther Kerscher; Foto: Marc Sigrist

Prävention auch für die Psyche

Im Leitvortrag führte *Prof. Dr. Dieter Kleiber* (FU Berlin) die zunehmende Bedeutung und Wichtigkeit der Prävention gerade im Bereich der psychischen Störungen aus. Staatlich geförderte oder initiierte Projekte fokussieren bislang eher auf Prävention im somatischen Bereich (z.B. Herz-Kreislaufkrankungen, Altersdiabetes).



Prof. Dr. Dieter Kleiber; Foto: Marc Sigrist

Nach Daten des Bundesgesundheitsurveys sei davon auszugehen, dass fast jeder zweite Bundesbürger im Verlauf seines Lebens zumindest einmal an einer behandlungsbedürftigen psychischen Störung erkranken werde. Darunter würden stressinduzierte Probleme, die sich beispielsweise als depressive Probleme, Angsterkrankungen, somatoforme Störungen, aber auch Suchterkrankungen manifestieren könnten, zu den zentralen Herausforderungen für alle Akteure im Gesundheits- und Sozialbereich führen. Die Burden of Disease-Study der WHO und der Weltbank prognostiziere, dass Depressionen in gut 10 Jahren den zweiten Rang unter den Behinderung verursachenden Erkrankungen einnehmen. Er beklagte den zu geringen Einsatz von Präventionsprojekten für psychische Störungen.

Netzwerke gefordert

Ministerialdirektorin Karin Knufmann-Happe (Bundesministerium für Gesundheit, Berlin) gab einen Überblick über Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung der Prävention im Allgemeinen sowie spezifische, auf die Förderung psychischer Gesundheit ausgerichtete, Initiativen in den verschiedenen Politikbereichen. Prävention und Gesundheitsförderung orientierten sich an den Lebenswelten der Menschen. Um hier wirksame Präventionsprogramme zu etablieren bedürfe es – gerade in dem pluralistischen und föderal gegliederten deutschen Gesundheitssystem – der politikbereichsübergreifenden Netzwerkbildung.

Anti-Stigma-Kampagnen

Verbesserungsbedarf gebe es unter anderem bei der Aufklärung und Information der Bevölkerung über das Wesen und die Behandelbarkeit psychischer Erkrankungen. Die noch immer weit verbreitete Stigmatisierung und Mystifizierung dieser Erkrankungen soll mit geeigneten Aktionen abgebaut werden.

Knufmann-Happe diskutierte die Bedeutung der Psychotherapie für die Prävention und Förderung psychischer Gesundheit mit Blick auf die sozialrechtlich geregelte Begrenzung der Richtlinien-Psychotherapie, aber auch auf die Möglichkeiten

eines auf der Grundlage eines zukünftigen Präventionsgesetzes gestärkten Präventionsbereichs.

Aufgabenteilung

Prof. Dr. Johannes Gostomzyk (Landeszentrale für Gesundheit in Bayern, München) wies in seinem Vortrag auf die Bedeutung von gesundheitsbezogener Prävention als individuelle und gesamtgesellschaftliche Aufgabe hin. Die im Grundgesetz verankerten Sozialprinzipien Individualität (Eigenverantwortung), Solidarität und Subsidiarität gäben Hinweise für eine Aufgabenverteilung. Gesundheit und ihre Bedingungen seien in der Gesellschaft ungleich verteilt. Soziale Gerechtigkeit in der Prävention bedeute damit Chancengerechtigkeit bei ungleicher Ausgangssituation für den Einzelnen. Im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Möglichkeiten solle jeder die Startchancen (Bedingungen) zur Verwirklichung der ihm möglichen Gesundheit in Eigenverantwortung erhalten.

Unsere Gesellschaft, organisiert als sozialer Rechtsstaat, habe dabei die Aufgabe der Verhältnisprävention, d.h. Gesundheitsschutz und Gesundheitsförderung durch soziale Sicherung, Verbraucherschutz, Arbeitsschutz, Bildung usw. Politische Handlungsebenen seien dabei sowohl die EU sowie die Bundes-, Länder- und kommunale Ebene. Besondere Bedeutung komme der gesetzlichen Krankenversicherung (SGB V, § 20) zu.

Dezentralität

Mit dem 2005 im Bundesrat gescheiterten Präventionsgesetz, sei ein Strukturgesetz entworfen worden, das die zentrale Festlegung nationaler Präventionsziele ermöglichen sollte, allerdings mit einseitiger Finanzierung eines Fonds aus Mitgliedsbeiträgen der Sozialkassen ohne Beteiligung des Bundes oder der Länder aus Steuermitteln. Der Entwurf sei in der Komplexitätsfalle geendet, weil er weder dem Prinzip der fiskalischen Äquivalenz zwischen Bund, Ländern, Kommunen, Sozialverbänden (GKV, GRV, GUV) noch den Ansprüchen zivilgesellschaftlicher Bereiche mit eigenständigen Akteuren in der Prävention (Familie, Selbsthilfe, Wohlfahrtspflege, Sportvereine, betriebliche Gesundheits-



Große Aula; Foto: Marc Sigrist

förderung u.a.) gerecht werden konnte. Einer Komplexitätsfalle entgehe man durch dezentrale Organisation, dafür gebe es genug Beispiele in der Praxis (Good Practice-Projekte), auch in der Prävention.

Rolle der PP und KJP

Prof. Dr. Bernd Röhrle (Universität Marburg) wies darauf hin, dass die Prävention psychischer Störungen und die Förderung psychischer Gesundheit zwar nicht ausnahmslos, aber doch auch zum Tätigkeitsfeld von Psychotherapeuten gehöre, es auch schon traditionell so gewesen sei und diese sich auch in Zukunft verstärkt hier einbringen müssten. Einflüsse aus der Geschichte der Psychotherapie belegten dies. Insbesondere im Bereich der sekundären Prävention seien Psychotherapeuten schon lange tätig. Die große Zahl gut evaluierter und effizienter präventiver Interventionen basiere auf klinisch-psychologischem Wissen, das vor allem auch Psychotherapeuten zu eigen sei.

Aufgabe der Politik: Kapazitäten und Voraussetzungen schaffen

Epidemiologische Daten, aber auch die derzeitige Versorgungslage machten deutlich, dass psychotherapeutische Hilfen allein nicht ausreichend seien, um auch im ethischen Sinne der großen Zahl psychischer Störungen und den damit verbun-

denen sozialen und ökonomischen Belastungen gerecht werden zu können. Die Vielzahl der Möglichkeiten präventiver Hilfen werde aber erst greifen können, wenn kapazitätsbildende Maßnahmen in Ausbildung und Versorgung zum Tragen kämen. Röhrle forderte, das Präventionsgesetz entsprechend auszugestalten.

In parallelen Veranstaltungen wurden eine Vielzahl von Präventionsprogrammen und -projekten im Überblick dargestellt oder vertieft erläutert und diskutiert. Thematisch wurden dabei psychische Störungen im gesellschaftlichen Strukturwandel und Möglichkeiten der Prävention (Prof. Dr. Heiner

Keupp, LMU München) erläutert sowie Präventionsmöglichkeiten in den unterschiedlichen Lebensaltern dargestellt: Bindungsstörungen (PD Dr. Karl-Heinz Brisch, Dr. von Haunersches Kinderspital, München), Kindes- und Jugendalter (Prof. Dr. Manfred Döpfner, Universitätsklinik Köln), Ältere Menschen (Dr. Meinolf Peters, Praxis, Marburg).

Primärprävention bei Ess-Störungen (Dr. Uwe Berger, Universitätsklinikum, Jena), Suchtprävention (Dr. Anneke Bühler, IFT, München), Suizidprävention (Prof. Dr. Thomas Giernalczyk, Universität der Bundeswehr, München) und Prävention häuslicher Gewalt (Dr. Andreas Schick, Heidelberger Präventionszentrum) wurden erläutert, aber auch tertiäre Prävention bei chronischen Erkrankungen (Prof. Dr. Peter Herschbach, TU München), betriebliche Prävention (Ludwig Gunkel, AOK Bayern) und Notfallpsychotherapie als Prävention von Traumafolgeschäden (Prof. Dr. Rita Rosner, LMU München). Ein Vortrag beschäftigte sich auch mit den Psychotherapeuten selbst: Prävention von Burn-Out bei Psychotherapeuten (Prof. Dr. Jörg Fengler, Universität zu Köln).

Ausführliche Berichte zum Landespsychotherapeutentag finden Sie auf unserer Homepage!



Blick aufs Podium in der großen Aula; Foto: Marc Sigrist

9. Delegiertenversammlung

Bei der 9. Delegiertenversammlung, die voraussichtlich die letzte in dieser Wahlperiode war, stellte *Präsident Dr. Nikolaus Melcop* nach den einführenden Tagesordnungspunkten im **Bericht des Vorstands** die Gefahren der aktuellen Gesundheitsreform für die psychotherapeutische Versorgung in Bayern und Deutschland und ihre möglichen Auswirkungen auf die niedergelassenen und angestellten Kolleg/inn/en dar. „Und nicht nur unsere finanzielle Grundlage ist in Gefahr. Die Gesundheitsreform legt die Axt an die Selbstbestimmung unseres Berufes.“ Psychotherapeut/inn/en seien an entscheidenden Stellen im Gesetz vergessen worden. Er berichtete, wie die Kammer auf diese Situation mit unterschiedlichen Aktivitäten zur Einflussnahme auf das laufende Gesetzgebungsverfahren in Form von Presseerklärungen, Stellungnahmen und persönliche Kontakten mit führenden Politikern aus Bayern reagiert habe (s. dazu auch eigenen Bericht), und konnte auch auf erste Erfolge verweisen: „Wir mischen uns ein, wir kämpfen für die psychotherapeutische Versorgung und für alle Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten!“

Obwohl bisher viel geleistet worden sei bei der gesellschaftlichen und gesetzlichen Verankerung und der Integration der Berufe in das medizinische System, seien jetzt verstärkte Anstrengungen notwendig. Melcop sah die zukünftige Interessenvertretung für den Berufsstand perspektivisch auch in der Abgrenzung zu Interessen der Pharmaindustrie und gut organisierter Ärztenverbände. „Wir werden unsere Kräfte noch stärker bündeln müssen.“

Ausgehend von dem Bezug auf die aktuelle politische Situation forderte er u.a. eine Stärkung der wissenschaftlichen Basis und Versorgungsforschung im Bereich der Psy-

chotherapie mit einem breiten Methodenverständnis.

Weitere Schwerpunkte der Arbeit waren u.a.: der Einsatz für die Stärkung der Prävention, die psychotherapeutische Versorgung älterer Menschen, für die Versorgung psychisch kranker Menschen in der privaten Krankenversicherung, die Situation der Psychotherapeuten in Ausbildung (PPiA und KJPIA), die Etablierung einer Mitwirkung der PPiA und KJPIA in der Kammer auch auf Bundesebene, der Einsatz für den Nachwuchs und die Weiterentwicklung des Faches beim Thema Bachelor/Master, Gespräche zum Erhalt des Faches „Klinische Psychologie“ an den bayerischen Hochschulen, die Situation der angestellten PT, insbesondere in den Kliniken. Daneben konnten die „Routinearbeiten“ der Kammer weiter verbessert werden, die Bearbeitungszeit für Fortbildungsanträge gesenkt. Der Psychotherapeuten-Suchdienst wurde eingerichtet und die Einführung EDV-gestützter Bearbeitung der Fortbildungsanträge ist in Vorbereitung. In den nächsten Monaten steht zusätzlich die Vorbereitung der Kammerwahlen 2007 an.

Zum Abschluss des Vorstandsberichts blickte er noch einmal auf die vergangene Wahlperiode zurück: „Wir haben eine aufregende und oft auch aufreibende Zeit hinter uns ... Es ist spannend zu erleben, wie Stühle für uns gerückt werden und Platz an den Tischen und in den Köpfen gemacht wird ... Wir Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten schaffen Räume für unsere Patientinnen und Patienten – und auch für ein anderes Verständnis von Gesundheit, von Heilung, von persönlicher Entwicklung und von Prävention und Vorsorge.“

In der anschließenden *Aussprache* wurden die geleistete Arbeit des Vorstands und die Vielzahl von zielführenden Aktivitäten

umfassend anerkannt, es wurde differenziert Stellung genommen und Anregungen gegeben.

In einem zweiten Teil dieses Tagesordnungspunkts stellte *Vizepräsident Peter Lehdorfer* den aktuellen Stand des Verfahrens zur Anerkennung der Gesprächspsychotherapie beim Gemeinsamen Bundesausschuss und die Grundzüge der aktuell geplanten Stellungnahme der Bundespsychotherapeutenkammer vor.

Beim nächsten Tagesordnungspunkt wurden Konzepte zur möglichen **Regelung von Zusatzqualifikationen** in den Bereichen Neuropsychologie, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie und Klinische Somatopsychologie vor dem Hintergrund der Musterweiterbildungsordnung und im Hinblick auf den bevorstehenden Deutschen Psychotherapeutentag sowohl inhaltlich als auch strukturell ausführlich besprochen und kritisch diskutiert. Die Themen werden auch im nächsten Jahr weiter Thema der Ausschüsse und des Vorstands sein.

Vizepräsident Peter Lehdorfer stellte den **Haushaltsplan 2007** vor, der einstimmig von der Delegiertenversammlung angenommen wurde. Als **Vertreter für die neue Periode des Verwaltungsrats des Versorgungswerks ab 1.1.2007** wurden *Dr. Nikolaus Melcop* und *Dr. Herbert Ühlein* gewählt, als deren Stellvertreter *Benedikt Waldherr* und *Angelika Wagner-Link*. Die Errichtung eines **Sozialfonds** für PP und KJP ist entsprechend Art. 2 Abs. 1 HkaG notwendig. *Geschäftsführer Alexander Hillers* führte in das Thema und die Pläne zur Umsetzung ein. Der Einrichtung eines Sozialfonds wurde einstimmig zugestimmt. Die Berichte aus den Ausschüssen, Kommissionen und der Beauftragten runden die umfangreiche Tagesordnung ab.

Umfrage bei den staatlich anerkannten Ausbildungsinstituten in Bayern: Nachwuchs?

Im BPTK-Newsletter I/2006 (Februar 2006) wurde über Altersstruktur der Mitglieder und künftigen Nachwuchsbedarf berichtet. Die Autoren kamen zu dem Schluss, dass

ab Ende dieses Jahrzehnts mindestens 1000 Neuapprobationen jährlich benötigt werden, um die Zahl der Psychotherapeut/inn/en in Deutschland konstant zu halten.

Die PTK Bayern hat die konkrete Nachwuchssituation in Bayern anhand eines Fragebogens bei den staatlich anerkannten Ausbildungsinstituten erhoben.

Bei einer Rücklaufquote von 87,5% der 24 staatlich anerkannten bayerischen Ausbildungsinstitute ergibt sich eine hochgerechnete Zahl von rund 800 Psychologischen Psychotherapeut/inn/en in Ausbildung (PPiA) (alle Jahrgänge). Hochrechnungen im KJP-Bereich sind nicht valide möglich, da es im Vergleich wenig Institute gibt, die diese Ausbildung anbieten und auch besetzen können. Aktuell befinden sich aber mindestens 180 Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut/inn/en in Ausbildung (KJPIA). Unter den KJPIA sind mehr als die Hälfte Dipl.-Psych., rund 8% Dipl.-Päd. und knapp ¼ Soz.-Päd. „Anderer“ Grundberufe haben rund 12% der Ausbildungsteilnehmer studiert. Aus dem Fragebogen lässt sich nicht schließen, ob der hohe Anteil an Dipl.-Psych. durch Personen entsteht, die beide Ausbildungen (PP und KJP) abschließen möchten. Die bayerischen Ausbildungsteilnehmer sind in rund 80% der Fälle Frauen, PPiA sind

im Durchschnitt knapp 35 Jahre alt, KJPIA rund 33 Jahre.

Die Ausbildungskapazität der Institute wird jedoch nicht ausgeschöpft. Hochgerechnet auf Basis des erwähnten Rücklaufs von 87,5% der Institute werden ca. 300 PP-Plätze und bis zu 150 KJP-Plätze angeboten. Besetzt werden davon derzeit schätzungsweise nur die Hälfte bis 2/3.

In den Jahren 2001 und 2002 zeigt sich in Bayern ein absoluter Tiefststand von Neueinsteigern mit hochgerechnet rund 120 bzw. 100 Neueinsteigern für die PP-Ausbildung und rund 20 für die KJP-Ausbildung. Die Zahlen scheinen in den letzten Jahren wieder anzusteigen. Für das Jahr 2004 haben die Institute ca. 140 PPiA und 30 KJPIA gemeldet, für das Jahr 2005 knapp 200 PPiA und 80 KJPIA.

Aussagen über die Attraktivität des Berufes lassen sich daraus leider nicht ableiten

– dazu müssten die Zahlen noch für einige Jahre beobachtet werden. Erst 2005 scheinen die Ersten die ganze Ausbildung durchlaufen (neben den vereinzelt „ganz Schnellen“) und die staatliche Prüfung abgelegt zu haben. Es haben 2005 allerdings nur 44 PPiA und 10 KJPIA aus Bayern die staatliche Prüfung abgelegt (bezogen auf 87,5% der Institute). Diese geringe Zahl spiegelt den Tiefststand der Ausbildungsteilnehmerzahlen direkt nach PsychThG wieder. Dies erscheint vor der Forderung von 1000 Neuapprobierten bundesweit, die die BPTK für notwendig hält, niedrig. Bezieht man diese Zahlen auf den Bevölkerungsanteil Bayerns, so wären hier jährlich ca. 150 Neuapprobierte notwendig, um die aktuelle Anzahl von PP und KJP zu halten. Eine systematische Beobachtung der Nachwuchszahlen über mehrere Bundesländer und einen Verlauf von mehreren Jahren erscheint vor diesem Hintergrund unbedingt notwendig.

Kurznachrichten

Gesundheitsreform: Einsatz für psychotherapeutische Versorgung

Wir haben uns auf unterschiedlichen Ebenen in Bayern und auf der Bundesebene dafür eingesetzt, dass die Belange der Psychotherapeut/inn/en bei der geplanten Gesundheitsreform berücksichtigt werden und haben dabei auf drohende Gefahren für die psychotherapeutische Versorgung psychisch kranker Menschen aufmerksam gemacht. Hierzu haben wir neben Gesprächen mit unterschiedlichen Funktionsträgern auch eine Presseerklärung zum Thema verfasst und in unseren Stellungnahmen anlässlich des Landespsychotherapeutentages (s.o.) ebenfalls unsere politischen Forderungen bekannt gemacht. Nach Einschätzung der Kammer werden in den bei Redaktionsschluss vorliegenden Gesetzentwürfen die besonderen Belange der psychotherapeutischen Versorgung und der Psychotherapeut/inn/en nicht berücksichtigt. Hierzu zählt auch, dass wir durch die geplante Strukturreform, die in vielen Bereichen der Gesundheitsversorgung eine bundesweite Zentralisierung der Strukturen vorsieht, Entwicklungen und Projekte, die

von der regionalen Bedarfslage ausgehen und die bisher insbesondere in Bayern aber auch in anderen Bundesländern erarbeitet worden sind, in dieser Form nicht mehr möglich sein werden.

Aktuelle Meldung nach Redaktionsschluss: Nach einem Termin von Nikolaus Melcop bei der Landesgruppe der CSU im Bundestag am 19.10.06 wurden an zwei Stellen im geplanten Gesetz Anhörungsrechte für die Bundespsychotherapeutenkammer als Berufsvertretung der PP und KJP auf Bundesebene neu mit aufgenommen.

Kontakte mit Vertretern der Parteien in Bayern

Wir haben zu den auf Landesebene aktiven Parteien (CSU, SPD, Grüne und FDP) Kontakt aufgenommen, mit dem Ziel, die aktuelle gesundheitspolitische Lage und Belange unserer Patient/inn/en und der Psychotherapeut/inn/en vertieft zu besprechen. Hierzu wurde im ersten Schritt der Arbeitskreis für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik der CSU-Landtagsfraktion am 19.10.06 in die Räume der PTK Bayern ein-

geladen. Auf der Tagesordnung standen u.a.: Die aktuelle Gesundheitsreform und ihre möglichen Auswirkungen auf die psychotherapeutische Versorgung in Bayern, Unterversorgung Psychotherapie bei besonderen Personengruppen (z.B. Kinder und Jugendliche), Psychotherapie in Institutionen (Kliniken, Beratungsstellen u.a.), private Krankenversicherung und Psychotherapie, Nachwuchs an Psychotherapeuten, neue Versorgungsformen und Prävention psychischer Störungen. In den nächsten Wochen werden dann Treffen mit den gesundheitspolitischen Vertretern der anderen Parteien stattfinden.

Einsatz für ausreichende Studienplatzkapazitäten Klinische Psychologie

In unterschiedlichen Gesprächen haben wir uns dafür eingesetzt, dass auch nach der Umstellung auf das Bachelor-/Mastersystem ausreichend Studienkapazitäten an Klinischer Psychologie in den Masterstudiengängen in Bayern vorhanden sein werden. Ein Schwerpunkt war dabei auf Anregung von Prof. Willi Butollo die LMU-München, da es nicht sicher scheint, ob

der Lehrstuhl nach dem Ausscheiden von Prof. Butollo in wenigen Jahren weiterhin den Schwerpunkt Klinische Psychologie behält. Wir sind dankbar, dass unser Anliegen u.a. von *Dr. Werner Schubö*, Prorektor der LMU-München, positiv unterstützt wird.

Marburger Bund für Psychotherapeuten? – Gespräch mit Montgomery

Wir berichteten im PTJ 3/2006 im Zusammenhang mit den Tarifkonflikten im öffentlichen Dienst über die Frage, ob der Marburger Bund (MB) PP/KJP in den Tarifgesprächen mitvertritt oder nicht. Zwischenzeitlich konnten wir hierzu im persönlichen Gespräch zwischen *Dr. Nikolaus Melcop* und *Dr. Frank-Ulrich Montgomery* weitere Fragen klären. Er habe sich bis zuletzt auch für die Psychologen in Kliniken eingesetzt, sei jedoch am Widerstand der Arbeitgeber gescheitert. Mittelfristig stelle sich nach seiner Meinung für unsere Berufsgruppe aber insgesamt die Frage, ob angesichts der Tatsache, dass PP im MB eine verschwindende Minderheit darstellen, dies perspektivisch eine sinnvolle Organisationsform darstellen würde, in der sie sich mit ihren Interessen durchsetzen können. Der MB ist föderalistisch in Landesverbänden organisiert, bundesweit habe er 110.000 Mitglieder, fast ausschließlich Ärzte. In der Mehrzahl der Landesverbände könnten Psychologen Mitglied werden.

Private Krankenversicherung und Psychotherapie – Aktuelles

Im PTJ 3/2006 hatten wir Probleme im Bereich Private Krankenversicherung (PKV) und Psychotherapie angesprochen und wir hatten Sie gebeten, uns ggf. eigene Erfahrungen zu berichten. Zwischenzeitlich konnte *Dr. Nikolaus Melcop* mit dem Vorstandsmitglied der Allianz PKV-AG in München, *Dr. Michael Albert*, zu dieser Frage ins Gespräch kommen. Dieser bestätigte, dass der Bereich der Versicherung von Menschen mit psychischen Krankheiten tatsächlich von Seiten der PKV aufgrund der vorliegenden Zahlen über Versicherungsverläufe als besonders hoher Kostenfaktor eingeschätzt werde und dies die Tendenz zum Ausschluss oder zur gesonderten Höherversicherung begründe. Zur Frage der Finanzierung von

Psychotherapien durch Psychotherapeuten, sei er daran interessiert, weiter im Dialog zu bleiben. Die PKV sei insbesondere an wissenschaftlichen Studien zum Beleg der Effektivität und Kostenreduktion durch Psychotherapie interessiert.

Mitgliedschaft im Verband Freier Berufe

Am 16.10.06 beschloss die Delegiertenversammlung des Verbands Freier Berufe, die PTK Bayern als Mitglied aufzunehmen (s.a. Bericht der 7. Delegiertenversammlung der PTK Bayern im PTJ 1/2006, Bayern-Teil).

Presseerklärung gegen GEZ-Pläne für PC-Gebühren

Die Kammer hat mit einer Presseerklärung dagegen protestiert, dass Psychotherapeut/inn/en durch die geplanten Rundfunkgebühren für internetfähige PC und Handys zusätzlich belastet werden. Zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Ausgabe wird vermutlich schon deutlich sein, ob die Proteste der unterschiedlichen Organisationen zu einer Rücknahme der Pläne geführt haben.

Fortbildung zur Psychotherapie mit älteren Menschen

Am 20.01.07 findet in der LMU München eine Fortbildungsveranstaltung zur Psychotherapie mit älteren Menschen statt. Bei Interesse können Sie sich über die Geschäftsstelle anmelden. Näheres entnehmen Sie bitte dem versandten Programm oder unserer Homepage. Weitere Workshops zu diesem Thema sollen bei Nachfrage durch die Kammer angeboten werden.

Artikel zur Kooperation mit Zahnärzten

In der Zeitschrift der Zahnärztekammer wurde ein Artikel von *Nikolaus Melcop* mit dem Titel: ‚Zahnärzte und Psychotherapeuten – Aspekte einer wechselseitigen Zusammenarbeit‘ veröffentlicht. Einen Abdruck des Artikels können Sie auf Nachfrage in der Geschäftsstelle erhalten.

Psychotherapeuten-Suchdienst gestartet

Am 20.10.2006 ist der Psychotherapeuten-Suchdienst plangemäß gestartet (s.a. PTJ

3/2006, Bayern-Teil). Wir möchten noch einmal darauf hinweisen, dass für eine Präsentation der eigenen Praxis nur eine E-Mail-Anschrift erforderlich ist. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage.

Bitte tragen Sie sich mit Ihrem Praxisantrag im Psychotherapeuten-Suchdienst ein. Der Suchdienst wird vor allem dann von Patienten in Anspruch genommen werden, wenn möglichst viele Praxen dort auch aufgeführt sind.

Kammerwahlen:

Die erste Wahlbekanntmachung ist Ihnen bereits Ende Oktober 2006 zugegangen. Dort wurden Vorgehensweise und Ablauf genau beschrieben. Bitte beachten Sie die folgenden voraussichtlichen Termine im Zusammenhang mit der Wahl:

- Frist für Wahlvorschläge: 01.12.2006 – 02.01.2007 (Eingang bis spätestens 17.00 Uhr)
- Wahlzeit (Stimmabgabe per Briefwahl): 30.01. – 13.02.2007 (Eingang bis spätestens 17.00 Uhr)
- Delegiertenversammlung: 29.3.06 (Wahl des neuen Vorstands)

Bitte beachten Sie unsere Homepage für Details und eventuelle Terminänderungen, die sich erst nach Redaktionsschluss ergeben haben!

Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen frohe Weihnachten und einen guten Start ins Jahr 2007!

Vorstand der Kammer:

Nikolaus Melcop, Gerda B. Gradl, Peter Lehndorfer, Ellen Bruckmayer, Rainer Knappe, Karin Tritt, Heiner Vogel.

Geschäftsstelle

St.-Paul-Str. 9, 80336 München
Post: Postfach 151506, 80049 München
Tel.: 089/515555 – 0, Fax: – 25
Mo – Do 9.00 – 15.30, Fr 9.00 – 13.00
info@ptk-bayern.de
www.ptk-bayern.de